Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 26. Juli 2011
Ausgabe 140
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **2**
Meldungen **3**
› OB Ude kondoliert zum Tod von Erika Fellner 3
› Infofon bildet Jugendliche für Telefondienst und Onlineberatung aus 3
› Open-Air-Kino auf dem Elisabethplatz 4
Antworten auf Stadtratsanfragen **4**
› Bessere Vernetzung von Eltern, Schulen und Erziehungsberatern 5
› Öko-Aufschlag im Tarif „M-Ökostrom aktiv“ vollständig in Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien in München und Oberbayern investieren 7

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Freitag, 29. Juli, 9 Uhr und 11 Uhr, Handwerkskammer für München und Oberbayern, Max-Joseph-Straße 4
Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte bei der Verabschiedung der Jungmeisterinnen und Jungmeister der Meisterschulen am Ostbahnhof. Diese Meisterschulen werden als Zweckverband der Landeshauptstadt München und der Handwerkskammer für München und Oberbayern geführt, wobei die Stadt den Personalaufwand, die Handwerkskammer den Sachaufwand trägt. Aus organisatorischen Gründen wird die Veranstaltung geteilt, der erste Teil beginnt um 9 Uhr, der zweite Teil um 11 Uhr.

Freitag, 29. Juli, 10.30 Uhr, Grütznerstube im Rathaus
Die frühere „Direktion der Münchner Verkehrsbetriebe" wird zum Mittelpunkt der Bildung: Auf dem Gelände der Stadtwerke München (SWM) an der Einsteinstraße 28 soll ab dem Jahr 2013 ein neues Gebäude für die Münchner Volkshochschule (MVHS) entstehen. Hier soll eine Reihe von Unterrichtsorten, die bislang im Stadtzentrum verteilt sind, gebündelt werden. Oberbürgermeister Christian Ude stellt das Gemeinschaftsprojekt der Stadt-Töchter SWM und MVHS gemeinsam mit Prof. Dr. Klaus Meisel, Managementdirektor der MVHS, und Dr. Florian Bieberbach, Kaufmännischer Geschäftsführer der SWM, vor.

Bürgerangelegenheiten

**Dienstag, 2. August, 19.30 Uhr,
LOK Freimann, Gustav-Mahler-Straße 2 (barrierefrei)**
Sitzung des Bezirksausschusses 12 (Schwabing - Freimann).

**Dienstag, 2. August, 19.30 Uhr, Sportgaststätte „Halbzeit",
Englschalkinger Straße 206 (nicht barrierefrei, eine kleine Stufe)**
Sitzung des Bezirksausschusses 13 (Bogenhausen). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** statt.

Dienstag, 2. August, 18 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach) mit der Vorsitzenden Marina Achhammer.

Dienstag, 2. August, 19 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach).

Dienstag, 2. August, 19 Uhr,
Gaststätte „Schützenlust", Herterichstraße 46 (nicht barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln).

Meldungen

OB Ude kondoliert zum Tod von Erika Fellner
(26.7.2011) Oberbürgermeister Christian Ude kondoliert dem Sohn von Erika Fellner: „Mit tiefem Bedauern habe ich erfahren, dass Ihre Mutter verstorben ist. Zu diesem schmerzlichen Verlust spreche ich Ihnen und allen Angehörigen im Namen des Stadtrates der Landeshauptstadt München und persönlich das herzliche Mitgefühl aus.
Erika Fellner, seit 1. September 1992 Mitglied im Bezirksausschuss 24 Feldmoching – Hasenbergl, hat in diesen fast zwei Jahrzehnten ehrenamtlicher Tätigkeit die Geschicke „ihres Stadtbezirkes" mitgestaltet und mitgeprägt. Für dieses langjährige Wirken gebührt Ihrer Mutter Dank und Anerkennung. Die Landeshauptstadt München hat Erika Fellner mit der Verleihung der Medaille „München leuchtet – Den Freunden Münchens" geehrt.
Die ehemaligen Kolleginnen und Kollegen des Bezirksausschusses und der Landeshauptstadt München werden Ihrer Mutter in Ehren gedenken."

Infofon bildet Jugendliche für Telefondienst und Onlineberatung aus
(26.7.2011) Infofon ist der Münchner Telefondienst von Jugendlichen für Jugendliche, gefördert vom Sozialreferat der Landeshauptstadt München. Unter der Nummer 121 5000 bekommen junge Menschen täglich von 18 bis 22 Uhr Informationen aller Art sowie Rat und Hilfe. Auf *www.info4mux.de* werden zudem die unterschiedlichsten Fragen auch online beantwortet.
Ab 26. September bildet Infofon wieder Jugendliche zwischen 16 und 21 Jahren zum Telefondienst und zur Onlineberatung aus. Für die Bearbeitung

der Anfragen werden die Jugendlichen von Infofon intensiv geschult. 80 Ausbildungsstunden absolvieren alle Jugendlichen, bevor sie den ersten Dienst übernehmen. Zu den Themen der Grundausbildung gehören z.B. Grundlagen der Gesprächsführung, interkulturelle Verständigung, Drogen und Sucht, Formen von Gewalt, Stadtstruktur oder Liebe und Sexualität. Die Ausbildung dauert von Ende September bis Ende Dezember und findet in der Regel einmal wöchentlich statt. Sie startet mit einem Informationsabend, an dem das Projekt und die Ausbildung vorgestellt werden. Einladungen erhalten die, die sich unter Angabe ihres Alters und ihrer Adresse bis spätestens Mitte September bei Infofon melden.
Bei Interesse reicht ein Anruf im Infofon-Vereinsbüro unter 1 89 50 79-17 oder eine E-Mail an *team@1215000.de*, um sich auf die Warteliste setzen zu lassen. Natürlich werden hier auch gerne weitere Fragen zur Ausbildung bei Infofon beantwortet.

Open-Air-Kino auf dem Elisabethplatz
(26.7.2011) Der Bezirksausschuss Schwabing West veranstaltet auch in diesem Jahr wieder mit Unterstützung des Kulturreferats und der Hochschule für Fernsehen und Film München (HFF) das „Schwabinger Open Air Kino" auf dem Elisabethplatz. Gezeigt werden aktuelle Kurzfilme (Spiel- und Dokumentarfilme) von Studierenden der HFF und Münchner Filmemachern, die teilweise auch persönlich anwesend sein werden und für Fragen beziehungsweise Gespräche zur Verfügung stehen. Die Veranstaltung findet am 30. Juli, um 21 Uhr, Einlass ab 20.30 Uhr, statt. Der Eintritt ist frei. Bei Regen entfällt die Veranstaltung.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Dienstag, 26. Juli 2011

Bessere Vernetzung von Eltern, Schulen und Erziehungsberatern
Antrag Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei) vom 21.4.2011

Antwort Stadtschulrat Rainer Schweppe:

Sie haben einen Antrag gestellt, dass an den städtischen Münchner Schulen als Erziehungshilfe spezielle Elternkurse als Abendkurse angeboten werden.

Nach § 60 Abs. 9 GeschO dürfen sich Anträge ehrenamtlicher Stadtratsmitglieder nur auf Gegenstände beziehen, für deren Erledigung der Stadtrat zuständig ist. Der Inhalt Ihres Antrages betrifft jedoch eine laufende Angelegenheit, deren Besorgung nach Art. 37 Abs. 1 GO und § 22 GeschO dem Oberbürgermeister obliegt. Eine beschlussmäßige Behandlung der Angelegenheit im Stadtrat ist daher rechtlich nicht möglich.

Zu Ihrem Antrag vom 21.04.2011 teile ich Ihnen aber Folgendes mit:

Der aus Art. 131 BV abzuleitende Verfassungsauftrag und die in Art. 1 und 2 BayEUG formulierten obersten Bildungsziele bilden die verbindliche Grundlage für die Erfüllung der Bildungs- und Erziehungsziele seitens der Lehrpersonen. Dieser Bildungs- und Erziehungsauftrag richtet sich an die Schülerinnen und Schüler, nicht an deren Eltern, deren Erziehungsrecht und -pflicht unverändert besteht.

Im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Schule und Elternhaus entwickeln die einzelnen Schulen jeweils schulspezifische Maßnahmen, um diese Zusammenarbeit zu intensivieren. Die an allen städtischen Schulen vorhandenen QSE-Gruppen (Qualitätssicherung und -entwicklung) haben in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die Elternarbeit an der Schule in besonderer Weise zu profilieren. Zu nennen wären neben den „klassischen" Angeboten (Elternsprechstunden, Klassenelternabende, Elternsprechtage) hierbei Maßnahmen wie die Einführung verpflichtender Elternsprechstunden, die Einführung eines erweiterten Elternbeirates, die Einrichtung eines Migrantenrates, anlassbezogene Informationsangebote (Gewaltprävention, Essstörungen, Medienkonsum etc.), die

von den Schulpsychologinnen/Schulpsychologen, Beratungslehrkräften bzw. externen Fachleuten angeboten werden.

Unterstützt werden die städtischen Schulen dabei durch eine breite Palette von Maßnahmen des Pädagogischen Instituts:

1) Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte; im Jahr 2011 z.B.:
   - Die lösungsorientierte Elternsprechstunde – Chance für die Schüler(innen)
   - Streitpunkt Internet – einen Elternabend zusammen mit Schüler(inne)n gestalten
   - Streitpunkt Handy – einen Elternabend zusammen mit Schüler(inne)n gestalten
   - Elternarbeit mit Migrantenfamilien

2) Die Beratungsangebote des Zentralen Schulpsychologischen Dienstes sowie der Bildungsberatung in Kooperation mit den Beratungsfachkräften vor Ort

3) Die Beratungsangebote der Schul- und Bildungsberatung International, u.a. mit folgenden Schwerpunkten im Kontext interkultureller Aufgaben:
   - Planung, Organisation und Durchführung von Elternveranstaltungen
   - Beratung von Eltern und Lehrkräften sowie Schulleitungen
   - Moderation von Gesprächen mit Eltern im Rahmen der Schule

4) Die Vermittlung von Fachexpertinnen/Fachexperten für die Gestaltung von schulinternen Fortbildungsmaßnahmen und Veranstaltungen für und mit Eltern

Dieses insgesamt bereits bestehende breit gefächerte Angebot von Maßnahmen und unterstützenden wie impulsgebenden Dienstleistungen ist Bestandteil der laufenden Bildungs- und Erziehungsarbeit im Dienst der Vernetzung von Schulen, Eltern und Beratungsfachleuten.

Entscheidend dabei ist in Übereinstimmung mit den eingangs genannten gesetzlichen Bestimmungen der Angebotscharakter bzw. die Planungs- und Steuerungsverantwortung an den Schulen.
Zur Vervollständigung liegt der Beschluss „Konzept Elternbildung“ bei.

Um Kenntnisnahme von den vorstehenden Ausführungen wird gebeten.
Wir gehen davon aus, dass die Angelegenheit damit abgeschlossen ist.

Öko-Aufschlag im Tarif „M-Ökostrom aktiv“ vollständig in Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien in München und Oberbayern investieren
Antrag Stadtrat Tobias Ruff (ÖDP) vom 24.3.2011

Antwort Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft:

Da es sich im vorliegenden Fall um eine Angelegenheit handelt, die in den operativen Geschäftsbereich der Stadtwerke München GmbH (SWM) fällt, erlaube ich mir, Ihren Antrag anstelle einer Stadtratsvorlage als Brief zu beantworten.

Nach Einholung einer Stellungnahme der SWM kann ich Ihnen Folgendes mitteilen:

Mit den Einnahmen aus dem Zuschlag für das Produkt „M-Ökostrom aktiv“ in Höhe von 1,82 ct/kWh brutto werden heute schon ausschließlich Investitionen in München und der Region getätigt. Die Investitionen aus diesen Mitteln in regenerative Anlagen betragen bislang ca. 5,3 Millionen Euro. Alle Anlagen zusammen erzeugen etwa 1,1 Millionen kWh Strom jährlich und sparen 880 t CO_2-Emissionen pro Jahr ein.

In folgende Anlagen sind die Investitionen aus „M-Ökostrom aktiv“ (früher M-Natur) bisher geflossen:

- **Wasserkraftwerk Stadtbachstufe**
  Leistung: 50 kW
  Stromertrag: ca. 430.000 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 250 t/Jahr

- **Biogasanlage Tierpark Hellabrunn**
  Elektrische Leistung: 50 kW
  thermische Leistung: 74 kW
  Stromertrag: ca. 240.000 kWh/Jahr
  Wärmeertrag: ca. 230.000 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 190 t/Jahr

Darüber hinaus wurden 13 Photovoltaikanlagen mit einer Leistung von 419 kWp an folgenden Standorten errichtet:

- **PV-Anlage auf dem Dach der SWM Zentrale**
  Fläche: 853 m²
  Leistung: 120 kWp

- **PV-Anlage auf dem Dach des Beruflichen Schulzentrums in der Astrid-Lindgren-Straße**
  Fläche: 161 m²
  Leistung: 20,16 kWp
  Stromertrag: ca. 18.600 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 13 t/Jahr

- **PV-Anlage auf den Dächern des Münchner Technologiezentrums (MTZ)**
  Fläche: 497 m²
  Leistung: 66,85 kWp
  Stromertrag: 64.000 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 37,8 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Dach des GEWOFAG-Parkhauses**
  Fläche: 334 m²
  Leistung: 37 kWp
  Stromertrag: 34.600 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 20,5 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Dach des Gewerbehofes der Münchner Gesellschaft für Stadterneuerung (MGS) an der Haager Straße**
  Fläche: 253 m²
  Leistung: 29 kWp
  Stromertrag: 27.700 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 19,39 t/Jahr

- **PV-Anlage an der Fassade der Pasinger Fabrik**
  Fläche: 91 m² (Modulfläche) und 76 m² (Glasfläche)
  Leistung: 6,3 kWp
  Stromertrag: 4.600 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 3,22 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Dach des Gewerbehofs Giesing**
  Fläche: 500 m²
  Leistung: 48 kWp
  Stromertrag: 44.000 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 26 t/Jahr

- **Teil-PV-Anlage auf dem Parkhaus der Messe Riem**
  Fläche: 436 m²
  Leistung: 57,8 kWp
  Stromertrag: 51.000 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 35,7 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Flachdach des BUGA Servicezentrums**
  Fläche: 87 m²
  Leistung: 10,92 kWp
  Stromertrag: 9.500 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 6,65 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Schrägdach des Betriebshofes Moosburg**
  Fläche: 200 m²
  Leistung: 25,2 kWp
  Stromertrag: ca. 23.436 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: ca. 16,4 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Dach der Straßenbahnwerkstätte Ständlerstraße**
  Fläche: PV 2280 m², Dachabdichtung 1180 m²
  Leistung: 89,856 kWp
  Stromertrag: 79.210 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 55,44 t/Jahr
- **PV-Anlage auf dem Dach des Heizwerks Riem**
  Fläche: 97 m²
  Leistung: 12,92 kWp
  Stromertrag: ca. 11.800 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 8,26 t/Jahr

- **PV-Anlage auf dem Dach der Schule in der Droste-Hülshoff-Straße**
  Fläche: 133 m²
  Leistung: 17,68 kWp
  Stromertrag: ca. 15.630 kWh/Jahr
  CO_2-Einsparung: 10,9 t/Jahr

Eine verbindliche Garantie gegenüber den Kundinnen und Kunden, auch zukünftig alle Erlöse aus dem zusätzlichen Entgelt für „M-Ökostrom aktiv“ in München und der Region zu investieren, ist jedoch nicht möglich, da

die Abschlussquote für dieses bundesweit vertriebene Produkt nicht gesichert prognostiziert werden kann. Daher ist es – wenn auch unwahrscheinlich – nicht vollständig ausgeschlossen, dass mehr erlöst wird, als Investitionsmöglichkeiten in München und in der Region bestehen.

Ich bitte Sie, von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis zu nehmen und hoffe, dass Ihr Antrag zufriedenstellend beantwortet ist und als erledigt gelten darf.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 26. Juli 2011

100 % Versorgung aller Bedarfe für Krippenkinder und Kindergartenkinder
Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexander Reissl, Beatrix Zurek (SPD) und Stadträtinnen Jutta Koller, Sabine Krieger (Bündnis 90/Die Grünen

Verwaltungsvorgänge im Personalbereich vereinfachen und beschleunigen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Amlong, Irene Schmitt (SPD) und Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen)

Die städtische Arbeitszeiterfassung – ein Fass ohne Boden?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter und Dr. Evelyne Menges (CSU)

Gleiserneuerung in der Müllerstraße
Anfrage Stadtrat Georg Schlagbauer (CSU)

Schluss mit „unten hui – oben pfui“ – wann kommen die dringend notwendigen Verbesserungen am U-/S-Bahnhof Moosach – dem ehemaligen „MVV-Zukunftsbahnhof“?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter und Mechthilde Wittmann (CSU)

Mittelzuweisung für Fachraum-Ausstattung der FOS/BOS Technik
Dringlichkeitsantrag Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler)

Wer braucht die Staulage-Hinweistafeln an den Autobahnenden?
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Nachgefragt: Zehn Jahre KomPro – Erfolge, Kosten, Perspektiven
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

SPD - Stadtratsfraktion **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – rosa liste**

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

26.07.2011
AT_Krippenkinder_Kindergartenkinder_2011_07_26.odt

100 % Versorgung aller Bedarfe für Krippenkinder und Kindergartenkinder

Antrag
Die Stadt München strebt eine vollständige Deckung des Bedarfs an Kindertagesbetreuungsplätzen in Kinderkrippen und Kindergärten an. Alle prozentualen Versorgungsziele, die einen anderen Eindruck erwecken könnten, werden außer Kraft gesetzt.

Begründung:
Schon bisher galt das Ziel, den Bedarf an Betreuungsplätzen möglichst schnell zu decken und zwar zu 100 Prozent. Auf Grund von Untersuchungen wurden dann die hier ermittelten Versorgungsgrade als Zielvorgabe festgesetzt. Das gab für die Kinderkrippen und Kindergärten unterschiedliche Zielvorgaben.

Bei den Kinderkrippen:
Die von der LHM periodisch durchgeführten Bedarfsabfragen bzgl. der Versorgung mit Krippenplätzen führten jedes Mal zur Erhöhung der städtischen Ziele. Da die Nachfrage nach Krippenplätzen ständig steigt, soll künftig das städtische Ziel automatisch an diese Nachfrage angepasst werden. In die Versorgungsquote sind alle Betreuungsformen für Kinder unter 3 Jahre mit einzubeziehen. Alle Münchner Kinder, die einen Krippenplatz benötigen, müssen diesen erhalten.

Bei den Kindergärten:
Das bisherige Versorgungsziel von 90 % von Kindern ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt (3,5 Jahrgänge) zuzüglich des Zieles für 7% Plätze in Eltern-Kind-Initiativen zu schaffen wird ebenfalls durch das Ziel reinem 100%igen Bedarfsdeckung ersetzt. Dadurch wird den Münchner Bürgerinnen und Bürgern verdeutlicht, dass die LHM jedem Kind einen Kindergartenplatz garantieren möchte.

gez.

Alexander Reissl
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

gez.

Jutta Koller
Sabine Krieger
Stadtratsmitglieder

Fraktion
Die Grünen – rosa liste

SPD
Stadtratsfraktion

München, den 26.07.2011

Verwaltungsvorgänge im Personalbereich vereinfachen und beschleunigen

Antrag:
Das Direktorium wird gebeten, in Absprache mit dem Personal- und Organisationsreferat (POR) ein externes Gutachten in Auftrag zu geben – mit dem Ziel, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie die Verwaltungsvorgänge im Personalbereich (Stellenbesetzungen, Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen, Stellenbewertungen etc.) vereinfacht und beschleunigt werden können.

Begründung:
Verwaltungsvorgänge im Personalbereich, in denen in der Regel sowohl die betroffenen Fachreferate (und hier oft mehrere Organisationseinheiten) als auch das POR (z.T. mit mehreren Abteilungen) eingebunden sind, binden personelle Ressourcen.
Stellenbesetzungsverfahren können sich zum Teil über ein Jahr ziehen, was sich gerade bei begehrten Fachkräften negativ auswirken kann. Bei Stellenbesetzungsverfahren sind z.B. nur in einer Abteilung des POR (P 5) 36 Teilprozesse zu durchlaufen. Und auch bei der Erstellung von Arbeitsplatzbeschreibungen sind auf der Basis der sog. „analytischen Stellenbemessung“ zahlreiche Verfahrensschritte und oft langwierige Abstimmungen zwischen Fachreferat und POR vonnöten.
Viele dieser Verfahrensstrukturen sind gesetzlichen oder tariflichen Rahmenbedingungen sowie der notwendigen Gründlichkeit der Entscheidungsvorbereitung geschuldet.
Dennoch bleibt es Aufgabe, immer wieder neu zu prüfen, inwieweit Prozesse vereinfacht, verschlankt, beschleunigt werden können und inwieweit sich Doppelarbeiten und -strukturen vermeiden lassen. Ein bestmöglicher Service für die Fachstellen auch im Sinne schneller Verfahren sowie Wirtschaftlichkeit durch effiziente und schlanke Strukturen sind hier Ziele.
Dabei ist u.a. zu prüfen,

- inwieweit Prozesse durch Reduzierung der Verfahrensschritte vereinfacht und beschleunigt werden können und Service Level Agreements sinnvoll sind;

- inwieweit elektronische Verfahren der Beschleunigung dienen können.

Da der Blick von außen häufig neue Perspektiven eröffnet, ist hier ein externes Gutachten sinnvoll.

Initiative:
Dr. Florian Roth
Christian Amlong
Irene Schmitt

Mitglieder im Stadtrat

Dr. Evelyne Menges **Dr. Georg Kronawitter**

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
26.07.11

Die städtische Arbeitszeiterfassung – ein Fass ohne Boden?

In der SZ vom 26.7.2011 wird der Fraktionsvorsitzende der Rathaus-SPD mit der Aussage zitiert, bei einer zeitgemäßeren Arbeitszeiterfassung für die städtischen Mitarbeiter könnten 35.000 Arbeitsstunden eingespart werden - pro Monat!

Diese Aussage ist mehrfach interessant, da sich natürlich sofort die Frage stellt, warum 18 Jahre Zuständigkeit des amtierenden SPD-Oberbürgermeisters und 21 Jahre politische Verantwortung von Rot-Grün nicht ausreichten, dieser enormen Ressourcenvergeudung Einhalt zu gebieten – so diese Zahl denn stimmt.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- Aus welchen öffentlich zugänglichen Quellen insbesondere StR-Beschlussvorlagen kann die Zahl der 35.000 Arbeitsstunden pro Monat für die städtische Arbeitszeiterfassung entnommen werden – direkt oder indirekt – z.B. über Hochrechnungen?
- Unterstellt, die genannte Zahl ist annähernd korrekt, was hat der Oberbürgermeister in den letzten 10 Jahren unternommen, um diesen Einsparungseffekt zu realisieren? Insbesondere vor dem Hintergrund, dass der OBM 2003 verkündet hat, München sei pleite?
- Wann ist zu erwarten, dass die Arbeitszeiterfassung erheblich rationalisiert wird ? Welcher Rationalisierungseffekt wird hierfür erwartet (Höhe der Einsparungen)?
- Wie findet die Arbeitszeiterfassung bei einer fortschrittlichen Tochtergesellschaft wie z. B. beim der SWM-Konzern statt?

Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

Dr. Evelyne Menges
Stadträtin

CSU-Fraktion,Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München;
Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de; wzim.de

Georg Schlagbauer

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
26.07.11

Gleiserneuerung in der Müllerstraße

Einer Presseinformation der MVG vom 18.07.2011 ist zu entnehmen, dass die Gleiserneuerung in der Müllerstraße nicht termingerecht abgeschlossen werden kann. So wird bis zum 29. Juli lediglich ein Gleis fertiggestellt und die Baumaßnahme ruht bis zur Zeit nach dem Oktoberfest.

Damit werden die dem Baufeld zugeordneten Geschäfte auf längere Dauer von einer akzeptierbaren Erreichbarkeit abgeschnitten mit weitreichenden Konsequenzen. Hinzu kommt die äußerst ungünstige Situation vor Ort, die den gesamten Straßenzug so unattraktiv erscheinen lässt, dass der überwiegende Teil der tradierten Kundenbeziehungen zum Erliegen kommt, die Geschäfte zusätzlich bedroht.

Vor diesem Hintergrund frage ich den Oberbürgermeister:

1. Wie kann es passieren, dass die Stadtwerke München trotz umfangreicher Untersuchungen und jahrzehntelanger Erfahrungen zum Abschluss einer Baumaßnahme überraschend auf einen Untergrund stoßen, der ein Weiterbauen auf absehbare Zeit verhindert?

2. Welche Maßnahmen ist die Landeshauptstadt München zu ergreifen bereit, um den durch Versäumnisse der Stadtwerke München in ihrer Existenz bedrohten Betrieben zu helfen beziehungsweise den bis Ende des Jahres anvisierten Baustopp zu umgehen?

3. Welche Konsequenzen werden aus den derzeitigen Erfahrungen gezogen, um ähnliche Verwerfungen in der Zukunft von vornherein auszuschließen?

Georg Schlagbauer, Stadtrat

CSU-Fraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: gschlagbauer@metzgerei-schlagbauer.de
wzim.de

Dr. Georg Kronawitter Mechthilde Wittmann

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANFRAGE
26.07.11

Schluss mit „unten hui – oben pfui“ - wann kommen die dringend notwendigen Verbesserungen am U-/S-Bahnhof Moosach – dem ehemaligen „MVV-Zukunftsbahnhof“?

Dieser Anfrage liegt folgender Sachverhalt zugrunde:
Seit Dezember 2010 ist der Bf. Moosach eine U-/S-Bahn-Verknüpfungsstation mit einer erhöhten verkehrlichen Bedeutung. Leider reißt seither die Kritik nicht ab über die massiven Mängel, insbesondere auf der S-Bahn-Seite. Die Kritik kommt vor allem von Pendlern, die hier umsteigen, aber auch von Fahrgastverbänden wie PRO BAHN /1/. Die Münchner Presse hat in drei Artikeln über die Misere berichtet /2/. Dabei hat die DB in Aussicht gestellt, dass sich noch dieses Jahr was ändern soll. Warum die jahrelange Bauzeit der U3 hierfür nicht genutzt wurde, wurde von der DB bislang nicht erklärt.

Gefordert wird von den Nutzern vor allem:

- Versetzen der S-Bahn-Halteposition so, dass der Übergang von/zur U3 optimal verkürzt wird
- Verlängerung der Bahnsteigüberdachung, so dass der Fahrtreppenaufgang von/zur U3 überdacht ist
- Abdichten der aus den 1970er Jahren stammenden S-Bahnsteigdächern,
- wenigstens Erhöhung des S-Bahnsteigs in Teilbereichen, um einen barrierefreien Zugang zu den S-Bahnzügen zu ermöglichen
- Eine wesentlich bessere Beschilderung - schon im Untergrund - für Umsteiger, die mit den Örtlichkeiten nicht vertraut sind (wo geht es zu den Zügen nach Freising, wo zu den S-Bahnen nach München?)
- Durchsagen in der S-Bahn auch in Englisch, wie an den anderen S-/U-Verknüpfungsstationen der Flughafenlinie S1 auch.

.
Es sollte auch hier Erwähnung finden, dass der Bf. Moosach ursprünglich dazu auserkoren war, ein Zukunftsbahnhof zu werden, und dass die DB AG allein an Stationsgebühren für den S-Bahnhof Moosach pro Jahr eine sechsstellige Summe vom Freistaat erhält. Eine adäquate Gegenleistung ist nicht erkennbar, auch wenn mittlerweile das Dach eines Bahnsteiges wohl abgedichtet und der Plattenbelag erneuert wurde – ohne aber die Barrierefreiheit wenigstens in Teilbereichen gegenüber den S-Bahn-Türen herzustellen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir:

- Wer hat wann beschlossen, dass das Projekt „Zukunftsbahnhof Moosach“ nicht realisiert wird? Wann wurde die Stadt München darüber informiert?

- Wann gedenkt die DB AG mit ihren betroffenen Töchtern (DB Netz AG, DB Station & Service, DB Regio) den ehemaligen Zukunftsbahnhof Moosach wenigstens zu einem kundenfreundlichen Bahnhof unter Berücksichtigung obiger Hinweise umzuwandeln?

- Wie hat der OB während der langen Bauphase der U3-Verlängerung mit dem sehr aufwendigen U-Bahnhof Moosach unter allen DB-Gleisen Druck auf die DB AG ausgeübt, dass nach der Vorleistung der LHM endlich die DB ihre Moosacher Hausaufgaben macht?

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

gez.
Mechthilde Wittmann
Stadträtin

Quellen

/1/ http://www.myway.de/e.lauterbach/publik/us/moosach.html abgerufen 20.7.2010 22h10
/2/ SZ Nord vom 31.1.2011 und 3.3.2011, Münchner Merkur vom 1.3.2011

Johann Altmann – Rathaus, Marienplatz 8 – 80331 München

Johann Altmann

Telefon: +49 (0) 89 / 233 – 207 66
Mobil: +40 (0) 160 / 721 40 35
Fax: +49 (0) 89 / 233 – 207 70
E-Mail: johann.altmann@muenchen.de
Büro-Mail: buero@fw-muenchen-stadtrat.de

An den Oberbürgermeister
der Landeshauptstadt München
Herrn Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

München, 25. Juli 2011

Dringlichkeitsantrag
für die Vollversammlung
am 27.07.2011

Mittelzuweisung für Fachraum-Ausstattung der FOS/BOS Technik

Die Landeshauptstadt München errichtet zum Schuljahr 2011/2012 weitere 10 Klassen der FOS/BOS Technik München. Diese werden in einem zusätzlichen Gebäude in der Auerfeldstraße eingerichtet, jedoch ohne die dazugehörigen Fachunterrichtsraumausstattungen.

Der Stadtrat der LH München möge für die Anschaffung der dringend benötigten Sachausstattung eine einmalige Mittelzuweisung in Höhe von bis zu 200.000,-- Euro beschließen.

Begründung:
Die FOS/BOS Technik München unterrichtet im Hauptgebäude an der Orleansstraße und bereits in einem weiteren Gebäude in der Bergsonstraße. Durch die Erhöhung der Klassenanzahl auf 67 im kommenden Schuljahr reicht die Platzkapazität nicht mehr aus und deshalb wird eine weitere Zweigstelle in der Auerfeldstraße mit 10 Klassenräumen eröffnet. Die aber auch dort benötigten Fachräume mit der entsprechenden Sachausstattung werden bislang nicht bewilligt, d.h., dass die Schüler/Innen sowie die Lehrkräfte zum Fachunterricht in das Hauptgebäude an der Orleansstraße ständig pendeln müssen. Durch die erfreulich stetige Steigerung der Schülerzahlen (z.Z. 1850 Schüler) sollte die LH München als Sachaufwandsträger auch zur Gewährleistung des Schulbetriebes die notwendigen Ausstattungen bereitstellen, wie sie von der Schulleitung, Elternbeirat, Eltern und aber auch von den Schülern gefordert wird. Darüber hinaus sollte ein Zeichen der Anerkennung an die vielen Ausbildungswilligen gesetzt werden.

gez.
Johann Altmann
ehrenamtlicher Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
26.07.2011

Wer braucht die Staulage-Hinweistafeln an den Autobahnenden?

Die großflächigen Staulage-Verkehrshinweistafeln für den Mittleren Ring an den Autobahnenden vor München fristen überwiegend ein trauriges Dasein. Dem Anschein nach sind die Tafeln weitgehend außer Betrieb; einige sind zudem durch „Graffiti"-Schmierereien verunziert.

Hier stellen sich Fragen.

Ich frage den Oberbürgermeister:

1. Sind die genannten Staulage-Verkehrshinweistafeln überhaupt noch in Betrieb? Welche Kosten für Betrieb und Wartung werden pro Jahr durchschnittlich veranschlagt?

2. Mit welchen Kosten schlug die Aufstellung der Hinweistafeln zu Buche?

3. Seit wann gibt es die Hinweistafeln an den Autobahnenden?

4. Inwieweit haben sich die Anlagen bewährt? Inwieweit setzt man stadtseitig mittlerweile ggf. auf andere bzw. neuere Verfahren zur Information der Autofahrer über die Stausituation auf dem Mittleren Ring?

5. Wie soll es mit den Stauhinweistafeln weitergehen? Ist ggf. geplant, sie wieder abzumontieren?

Karl Richter
Stadtrat

BIA
inländerfreundlich

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
26.07.2011

Nachgefragt: Zehn Jahre KomPro – Erfolge, Kosten, Perspektiven

Seit 2001 gibt es das Kommunale Wohnbauprogramm „KomPro“. Im Rahmen von KomPro sollen laut Darstellung des Sozialreferats „benachteiligte Bürgerinnen und Bürger am Wohnungsmarkt bessere Chancen erhalten. (...) Um Segregation und Brennpunktbildungen entgegenzuwirken, sind diese Wohnprojekte vorrangig in gewachsenen Quartieren und Stadtteilen anzusiedeln.“ (zit. nach: www.muenchen.de/Rathaus/soz/wohnenmigration/kompro/100526/70_soz_hausbewirt.html)

Die praktische Umsetzung von „KomPro“ wirft allerdings Fragen auf. Schon vor geraumer Zeit berichtete die Wochenzeitung „Die Zeit“ wie folgt über den Fall der im Rahmen von „KomPro“ vom Hasenbergl nach Bogenhausen umgesiedelten Familie F. aus Serbien: „Das Glück und die kommunale Stadtraumbewirtschaftung haben sie aus einer engen und teuren Pension im Industriegebiet zurück ins städtische Leben geführt. Sie wurden umgesiedelt, nach Bogenhausen, wo die Wohlsituierten leben. Es ist ein Deutschland einmaliges Modell des sozialen Wohnungsbaus und wohl nur deshalb kein Pionierprojekt, weil es, im großen Stil betrieben, jede Stadtkasse ruinieren würde.“ (zit. nach: www.zeit.de/2011/10/Wohnen-Muenchen).

Hier sind Fragen naheliegend.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Wie viele Einzelhaushalte – Einzelpersonen, Paare und Familien – konnten seit Beginn des „KomPro“-Programms im Jahr 2001 insgesamt durch Vermittlung einer Wohnung unterstützt werden (Angabe bitte ohne Programm „Clearinghäuser“)?

2. Inwieweit konnte die stadtseitig formulierte Zielzahl von jährlich 125 verfügbaren neuen Wohneinheiten im Rahmen des „KomPro“-Programms seit Programmbeginn 2001 erreicht bzw. gehalten werden?

b.w.

3. Wie entwickelten sich die stadtseitig aufgewendeten Mittel für KomPro seit 2001 (bitte anhand der einschlägigen Etatpositionen/Produktziffern im Stadthaushalt darstellen!)?

4. Wie viele Personen leben gegenwärtig (ggf. Stichdatum 31.12.2010) insgesamt in KomPro-Wohn- und Unterbringungsanlagen?

5. Wie hoch liegt gegenwärtig der Anteil von
- Ausländern
- Asylbewerbern
- allgemein Personen mit „Migrationshintergrund“

an den im Rahmen von KomPro unterstützten Personen?

6. Laut StR-Beschlußvorlage Nr. 08-14 / V 05814 ist das Kommunalreferat beauftragt, nach Auslaufen des „KomPro“-Programmes im Jahr 2011 den Verkauf der KomPro-Wohn- und Unterkunftsanlagen an die städtischen Wohnungsbaugesellschaften vorzubereiten. Sind ggf. eigenständige Nachfolgeprogramme für „KomPro“ unter Regie der städtischen Wohnungsbaugesellschaften vorgesehen?

Karl Richter
Stadtrat